

# L AKTUELL

LINKSDRUCK

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

27./28. Februar 2013

## STARTGEDANKEN

Mit offenen Ohren

Es wird gerade viel an der Demokratie herum gedeutelt - und dies dann gegen Rot-Rot und das erfolgreiche Volksbegehren für mehr Nachtruhe in Schönefeld ins Feld geführt. Demokratie ermöglicht, dass unterschiedliche Interessen ihre Stimme erheben - Politik muss dann den Ausgleich, nicht Ausschaltung oder unnötige Konfrontation im Auge haben. Ja, Herr Wo-

wereit, so ist das. Sogar beim Flughafen. Uns geht es um den bestmöglichen Schutz vor Fluglärm und um den möglichst baldigen soliden Betrieb des BER. Es geht auch um das Interesse aller, dass die gewaltigen öffentlichen Investitionen ihren Zweck erfüllen, dass neue Jobs kommen, dass unsere Region besser mit der Welt verbunden ist. Jedoch nicht um den Preis von Gesundheitsschäden. Wir halten aber auch die Ohren offen für die derzeit leisen Stimmen. Gute Arbeit, auskömmliche

Bezahlung, verkraftbare Kosten, Bildung, Gesundheit, Daseinsvorsorge, Umwelt - all diese Fragen stehen weiter im Raum. Und sie bleiben im Zentrum unserer Tätigkeit.

**Christian Görke**  
Fraktionsvorsitzender



## FLUGHAFEN-NACHTRUHE

# Unser „Ja“ zum Volksbegehren

Erstmals hat ein Volksbegehren die notwendige Anzahl von Unterstützer\_innen erreicht. Bürger\_innen haben ihre Stimme erhoben für Ruhe in der Nacht. Das ist gelebte Demokratie. Und es war richtig, dass der Landtag die Zugangsbedingungen für Volksbegehren verbessert hat. Die Forderungen, vor allem aus Berlin, das zu ignorieren, sind letztendlich nur der Versuch, sich aus der Mitverantwortung zu stehlen.

Das wird nicht gelingen, denn es geht nicht nur um die Perspektive des Flughafens BER, sondern um die Fähigkeit unseres demokratischen Systems, mit Konflikten um Großprojekte und mit Fehlern, die dabei gemacht wurden, umzugehen. Schönefeld im Ballungsraum Berlin ist der falsche Standort für einen Flughafen dieser Größenordnung. Und das Vakuum der Nichtinbetriebnahme des BER erzeugt einen Sog, der die Feuer der alten Auseinandersetzungen wieder auflodern lässt. Deshalb müssen gemeinsam Lösungen gefunden werden. Das Ziel ist deutlich benannt: Ruhens des



regulären Flugbetriebs am BER von 22 bis 6 Uhr. Es geht um eine neue volkswirtschaftliche Bewertung von Gesundheit im Verhältnis zur Wirtschaft und zu Wachstumsfragen. Damit soll auch Vertrauen in Politik und Verwaltungshandeln wiederer-

langt werden - auch bei den Anwohnern, die nach dem Beschluss zur Planfeststellung erst durch die Flugroutendiskussion ihre Belastungen erkannt haben.

Aus diesen übergeordneten Erwägungen erfolgt die Annahme des Volksbegehrens. Und unsere Gespräche mit den Vertretern des Volksbegehrens haben das bestätigt. Die vertrauensfördernden Begegnungen im Vorfeld der Beschlussfassung mit dem Kompromiss zur Annahme nur des ersten Teils des Volksbegehrens ermöglichten der LINKEN die Zustimmung.

Um das Projekt BER zum Erfolg zu führen, braucht es die Akzeptanz in seinem Umfeld. Das wird nur mit mehr Ruhe in der Nacht und einer zeitnahen Umsetzung des Schallschutzprogramms gelingen. Das muss auch Berlin begreifen.

**Kornelia Wehlan**  
Sprecherin für Verkehrspolitik, Regionalplanung und Raumordnung



## Rahmenvereinbarung für Brandenburgs Hochschulen

Der Landtag hat über die so genannte Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und seinen Hochschulen debattiert. Diese Vereinbarung ist Grundlage für die Hochschulverträge, die mit den einzelnen Hochschulen abgeschlossen werden. Sie beschreibt einerseits Leistungen, zu denen sich die Hochschulen verpflichten wie Durchlässigkeit, Studierbarkeit, d.h. eine erfüllbare, realistische Gestaltung der Studienordnungen und Nachwuchsförderung. Andererseits garantiert damit das Land eine fünfjährige personelle und finanzielle Ausstattung in Höhe von 280 Millionen Euro sowie Zusagen z.B. zur kompletten

Übernahme der Kosten bei Tarifierhöhungen. Diese Zusagen geben jetzt lang-



fristige Planungssicherheit, was bei den Hochschulen auf positive Resonanz stößt. Die Koalitionsfraktionen haben zusätzlich in einem Entschließungsantrag die Landesregierung aufgefordert, über die in der Rahmenvereinbarung enthaltenen Finanzierungszusagen hinaus zur Verbesserung der Studienqualität die jährlichen Globalzuweisungen aufzustocken.

**Peer Jürgens**  
Sprecher für  
Wissenschafts- und  
Forschungspolitik



## Unser Ziel: Wasserversorgung bleibt öffentlich!



Rot-Rot hat mit den Bündnisgrünen die Landesregierung aufgefordert, sich für die Herausnahme des Wasserversorgung aus einer geplanten EU-Richtlinie einzusetzen. Diese könnte zu einer Privatisierung bzw. Liberalisierung mit negativen Folgen für die Verbraucher\_innen führen. Auch die CDU stimmte dem Antrag trotz Vorbehalten zu. DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, EU-weite Privatisierung der Wasserversorgung

zu verhindern. Seit 2010 ist der Zugang zu sauberem, günstigem Trinkwasser sogar weltweites Menschenrecht. Die Kommunen werden diesem Anspruch gerecht. Das Gemeinwohl ist für ihre Leistungen oberstes Gebot. Doch die geplanten EU-Regelungen greifen in die grundgesetzlich geschützte, kommunale Selbstverwaltung ein. Kommunen könnten so nur noch sehr begrenzt über diesen Bereich der Daseinsvorsorge entscheiden. Dieser

Privatisierungszwang führt zu Verteuerungen - wie in Potsdam und Berlin. Zudem drohen Qualitätsverluste, Wartungsmängel sowie die Missachtung sozialer, ökologischer und arbeitsrechtlicher Standards.

**Stefan Ludwig**  
Sprecher für  
Kommunalpolitik



### Netz-Tipp

DIE LINKE-Positionen im EU-Parlament kennenlernen, Wasserpetition unterschreiben: Mit dem Smartphone QR-Code einscannen.

## Das neue Abgeordnetengesetz: Transparenter und gerechter

Wenn Abgeordnete in eigener Sache entscheiden, werden sie besonders beargwöhnt. Es ginge doch nur um den Ausbau von Privilegien, liest man regelmäßig, wenn der Landtag Entscheidungen zur Höhe der Diäten trifft. Wir Abgeordneten können uns um diese Fragen nicht herumogeln: Denn der Landtag ist als Gesetzgeber das einzige Gremium, das diese Entscheidung treffen kann. Der Landtag hat es sich mit dem Abgeordnetengesetz seit 1990 nicht einfach gemacht. Diätenerhöhungen erfolgten lange ziemlich willkürlich. Alle Versuche unserer Fraktion, feste Maßstäbe einzuführen, scheiterten. Vor diesem Hintergrund war die Forderung nach Transparenz solcher Entscheidungen und ihrer Bindung an die Realitäten im Lande für

uns LINKE immer wichtig. Am 17. Mai 2006 haben die demokratischen Fraktionen, darunter auch die LINKEN, dann Änderungen im Abgeordnetengesetz beschlossen. Seitdem sind die Abgeordnetenentschädigungen an die Einkommensentwicklung im Land und die Kostenpauschale an den Brandenburger Verbraucherindex gebunden. Das war ein Riesenerfolg, an dem wir als LINKE mitgewirkt haben. Gleichzeitig haben die drei Fraktionen den Grundstein für eine Systemumstellung gelegt. Eine Unabhängige Kommission wurde eingesetzt. Auf der Grundlage ihrer Vorschläge wurde ein Gesetzentwurf erarbeitet, zu dem jetzt die erste Lesung stattfand. Nicht mehr und nicht weniger als eine Systemumstellung steht damit 2014 an: bei den Diäten,

bei den Kostenpauschalen, bei der Rente.

**Thomas Domres, Parl. Geschäftsführer**



### Netz-Tipps

Mehr Informationen zur Position der Landtagsfraktion DIE LINKE zum Abgeordnetengesetz: Mit dem Smartphone QR-Code einscannen.



Zur Rede des Parlamentarischen Geschäftsführers Thomas Domres zum Abgeordnetengesetz auf [rbb-online.de](http://rbb-online.de): Mit dem Smartphone QR-Code einscannen.

## Spree-Verockerung wird konsequent bekämpft



Am 15. Februar haben sich der Fraktionsvorsitzende Christian Görke und andere Mitglieder der Landtagsfraktion in Spremberg ein Bild von der Spreeverockerung gemacht. Die Braunfärbung, die seit Jahren existiert, ist schockierend und verpflichtet zu schnellem Handeln. Gemeinsam mit Verbänden und den Behörden wurden die Maßnahmen besprochen, die jetzt ergriffen werden sollen. In den Spreewaldzuflüssen soll noch in diesem Jahr Schlamm beräumt werden, es wird die Grubenwasserreinigungsanlage Vetschau in Betrieb genommen und Überleitungen zur Wasserreinigung vorbereitet. Auch an der sächsischen Spree beginnen Maßnahmen wie die Ertüchtigung der Grubenwasserreinigungsanlage Burgneudorf. Ergänzt wird dies durch längerfristige Konzepte, um den Eintrag

von Eisen und auch Sulfat in die Spree einzudämmen. Die Fraktionsmitglieder konnten feststellen, dass jetzt wirklich mit Hochdruck an Abwehrmaßnahmen gearbeitet wird - auch wenn allen Beteiligten klar ist, dass dieses vom Braunkohlebergbau verursachte Problem die Region noch viele Jahrzehnte lang belasten wird. Besonders wichtig ist eine enge Zusammenarbeit mit der sächsischen Seite. Die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im sächsischen Landtag Dr. Jana Pinka nahm an der Besprechung in Spremberg teil.

**Carolyn Steinmetzer-Mann**  
Sprecherin für Umwelt- und Abwasserpolitik



## NACHGEFRAGT

### Strompreise senken!

Interview mit **Thomas Domres** · Sprecher für Energiepolitik

#### » Was steckt hinter dem vom Bund vorgestellten Strompreissicherungspaket?

Bei der vom Bund geplanten Strompreisbremse wird vielmehr die Axt am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) angesetzt. Es besteht die Gefahr, dass die Strompreisbremse ein Hindernis für den weiteren Ausbau und die Systemintegration der erneuerbaren Energien wird. Was wir brauchen, ist ein transparentes Gesamtfinanzierungssystem für die Energiewende, welches auch die soziale Dimension berücksichtigt. Wer die ökologische Energiewende vorantreiben will, muss sie sozial gestalten. Unsere Vorschläge haben wir bereits frühzeitig in die Debatte eingebracht. Dazu gehören die Anpassung der bestehenden Transfersysteme zur Grundsicherung, des BaFöG und des Wohngeldes, die Absenkung der Stromsteuer, die Einführung eines bundesweiten Sozialtarifs für einkommensschwache Haushalte - aber auch der deutliche Ausbau der Fördermaßnahmen für die energetische Sanierung, eine Abwrackprämie für stromfressende Haushaltsgeräte und der Ausbau von Energieberatungsangeboten.

#### » Ist es nicht trotzdem richtig, die EEG-Umlage im Jahr 2014 auf den Wert für 2013, auf 5,277 Ct/kWh, zu begrenzen?

Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Vehemenz jetzt der Ausbau der erneuerbaren Energien zum Problem stilisiert wird. Die erneuerbaren Energien werden von der Bundesregierung als Sündenbock für steigende Energiepreise deklariert, um von eigenen Managementfehlern der Energiewende abzulenken. Das Hauptmotiv scheint zu sein, die Energiewende zu diskreditieren und weiterhin auf fossile Energien zu setzen. Dabei steht schon jetzt fest: Das Industrieprivileg hat einen wesentlichen Anteil an der Erhöhung der EEG-Umlage. Derzeit wird durch Massentarabatte Stromverschwendung belohnt. Durch die Mehreinnahmen aus der Absenkung dieser Privilegien der energieintensiven Industrie ließe sich die Stromsteuer für Privathaushalte sofort um 1,5 Ct/kWh senken. Kurzfristig umsetzbar wären weiterhin eine befristete Reduzierung der Mehrwertsteuer und die Absenkung der Stromsteuer. Einen rückwirkenden Eingriff in die Bestandsregelungen von Erneuerbare-Energien-Anlagen lehnen wir aus verfassungsrechtlichen Gründen kategorisch ab.



## Entwicklungspolitische Leitlinien beschlossen



Die Linksfraktion war 1998 mit „an Bord“, als die ersten Entwicklungspolitischen Leitlinien entstanden. 14 Jahre später erfüllte Europaminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) die langjährige Forderung von Nichtregierungsorganisationen und unserer Partei nach neuen, modernen Leitlinien. Diese Leitlinien bestätigen, dass sich die Rahmenbedingungen für die entwicklungspolitische Arbeit seit dem Herbst 2009 spürbar geändert haben: In der entwicklungspolitischen Praxis werden seitdem neue Akzente gesetzt. Mit den Leitlinien hat die Landesregierung einen Qualitätssprung vollzogen. Das Spektrum reicht von Bildung und Jugend sowie Migration und Integration über Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung des Landes bis hin zur Unterstützung von Kommunen. Den internationalen Wirtschaftsbeziehungen kommt weiter eine große Bedeutung zu. Im Zentrum

steht aber die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. „Globales lernen“, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und die „Brandenburgischen Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage“ stehen für einen Ansatz, auf den wir als LINKE stolz sein können: Gemäß der Landesverfassung begreifen und gestalten wir Landespolitik (wieder) als „Politik in der Einen Welt“.

**Bettina Fortunato**  
Sprecherin für Entwicklungspolitik



#### Netz-Tipps

Mehr Informationen zur Position der Landtagsfraktion DIE LINKE zu den entwicklungspolitischen Leitlinien: Mit dem Smartphone QR-Code einscannen.



Zur Rede der entwicklungspolitischen Sprecherin Bettina Fortunato zu den Leitlinien auf [rbb-online.de](http://rbb-online.de): Mit dem Smartphone QR-Code einscannen.

## Gemeinsam für die Lausitz

Seitdem die PDS ihr Konzept „Für eine selbsttragende wirtschaftliche, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Lausitz“ vorstellte, sind mehr als zehn Jahre vergangen. In der Lausitz haben sich Veränderungen vollzogen - der Handlungsdruck ist aber nach wie vor hoch. Vor diesem Hintergrund debattierte der Landtag

### Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

- ◀ **AKTUELLE STUNDE auf Antrag der Fraktion DIE LINKE** zum Thema: Strompreissicherungspaket darf nicht zu einem Hindernis für Erneuerbare Energien werden - Die Energiewende sozial gestalten!  
**Drucksache 5/6846 · angenommen**
- ◀ **Antrag** zum Thema: Perspektiven für die Lausitz (Mit Antragstellerin: CDU-Fraktion)  
**Drucksache 5/6874 · angenommen**
- ◀ **Antrag** zum Thema: EU-Richtlinie „Konzessionsvergabe“ nicht auf die Wasserversorgung anwenden (Mit Antragstellerin: B90/Grüne-Fraktion)  
**Drucksache 5/6875 · angenommen**
- ◀ **Entschließungsantrag** zur Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und den Hochschulen des Landes Brandenburg (Mit Antragstellerin: FDP-Fraktion)  
**Drucksache 5/6914 · angenommen**
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft „Volksbegehren `Für eine Änderung des §19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin-Brandenburg International (BER)!““  
**Drucksache 5/6916 · angenommen**

Internet-Tipp: Die Anträge und Debatten im Parlament als Videos:  
[www.rbb-online.de/imparlament/index.html](http://www.rbb-online.de/imparlament/index.html)

auf Antrag von SPD, DIE LINKE und CDU über „Perspektiven für die Lausitz“. Der Antrag unterbreitet Vorschläge, wie in zentralen Politikfeldern die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Sachsen sowie mit Polen und Tschechien intensiviert werden kann. Die Ansätze reichen von der Wirtschaftspolitik/Infrastruktur, über Energiepolitik/Braunkohlesanierung bis hin zur Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich sowie zur Bekämpfung von Grenzkriminalität und Rechtsextr-



## Olympisches Ringen

Der auf Initiative der LINKEN vom Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport parteiübergreifend in den Landtag eingebrachte Antrag wurde einstimmig angenommen: Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich für den Erhalt der Sportart Ringen im Programm der Olympischen Spiele einzusetzen. Es wäre fatal für die Brandenburger Ringer-Hochburgen Luckenwalde, Frankfurt (Oder) und Potsdam, wenn es nicht gelingt, diese Entscheidung abzuwenden. Mit viel Fleiß und Engagement arbeiten der Ringerbund, das Land, die Städte, Ringerenthusiasten, Schulen und Trainingszentren zusammen, um diese sehr aufwendige Sportart zu ermöglichen. Die unentgeltliche Nutzung der Sportstätten, die Bereitstellung kostengünstiger Internatsplätze, die Ausrichtung des Schulprogramms auf den Leistungssport und eine zumeist sehr kleinteilige Sponsorenstruktur gehören dazu. Das darf nicht derart in Frage gestellt werden! Die Entscheidung der Exekutiv-Kommission soll von der IOC-Vollversammlung im September in Buenos Aires bestätigt werden. Das müssen wir verhindern. Ringen muss olympisch bleiben und dafür sind alle Kräfte zu bündeln! Länder mit einer langen Ringertradition sind im Kampf für Olympia mit an unserer Seite.

**Kornelia Wehlan**  
 Wahlkreisabgeordnete in Luckenwalde



mismus. Dabei haben wir deutlich gemacht, dass erneuerbare Energien eine wichtige Rolle bei der Umstrukturierung der Lausitz spielen müssen. Die Lausitz hat zudem nicht nur die hohen Löhne im Bergbau, sondern sie muss heute und in Zukunft auch die erheblichen Folgen des Braunkohleabbaus tragen. Wichtig war uns, die Weiterentwicklung der Kultur und Sprache der Sorben/Wenden stärker ins Zentrum der Zusammenarbeit zu rücken. Konzepte für die Lausitz müssen in der Lausitz entstehen. Die rot-rote Landesregierung wird diesen Diskussionsprozess nach Kräften unterstützen.

**Birgit Wöllert**  
 Wahlkreisabgeordnete in der Lausitz



### KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

**L** nach dem Lesen weiterreichen!



Die Fraktion bei Facebook:  
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg  
 Am Havelblick 8 · 14473 Potsdam

#### REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)  
 Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05  
[sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de)

#### PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Liebe  
 FOTOS Flug: benni\_S47/photocase.de, Uni: giftgruen/photocase.de,  
 Wasser: Markus Gann/photocase.de, Menschengruppe:  
 DIE LINKE LTF BRB, Reisfeld: anid/photocase.de,  
 Lausitz-Collage: DIE LINKE/Frost

#### LAYOUT; GRAFIK, SATZ:

Döring & Waesch, Perleberg; LTF

#### AUFLAGE

10 000 Stück  
 DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,  
 Potsdam-Rehrbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (Mdl)

Mit dem Smartphone  
 QR-Code einscannen und  
 direkt zur Internetpräsenz  
 der Fraktion gelangen

